



iran-report

Nr. 08/2002

ایران رپورت

I. Innenpolitik:

Chatami ergreift Initiative im Machtkampf - Zwei Gesetzentwürfe sollen Kompetenzen des Staatspräsidenten erweitern und Befugnisse des Wächterrats beschränken - Bei Scheitern Rücktritt Chatamis nur durch Volksbefragung zu verhindern - heftige Kritik von Konservativen / Rafsandjanis „Partei der Sachverständigen“ positioniert sich - Mehrere Kandidaten genannt - Rafsandjani selbst hält sich bedeckt / Offener Brief islamischer Universitätsvereinigungen an Revolutionsführer Khamenei - Scharfe Kritik an Willkür und Machtkonzentration - Khamenei direkt angegriffen / Manifest des inhaftierten Journalisten Akbar Gandji - Alternative zur Islamischen Republik vorgeschlagen - vollständige Privatisierung der Wirtschaft gefordert / 87 Zeitungsverbote seit April 2000 - „Presse- und Meinungsfreiheit ernsthaft bedroht“ / Iranische Verlage auf der Frankfurter Buchmesse

II. Wirtschaft

Bericht des IWF zu Iran - vorsichtiger Optimismus - restriktive Haushaltspolitik angemahnt / Bericht über staatliche Unternehmen - Mehrheitlich defizitär - Intransparente Buchführung kritisiert / Gesetzentwurf gegen Geldwäsche - Iranisches Banksystem hoffnungslos veraltet / Iranische Exporte in die USA - Abbau von Strafzöllen?

III. Außenpolitik

EU-Delegation in Teheran - Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten gefordert - EU drängt auf Zusammenarbeit im Kampf gegen Terrorismus / Britischer Außenminister Straw in Teheran - Gespräche über die iranische Position zu einem möglichen US-Krieg gegen Irak / Meinungsumfragen zu iranischen-EU- und -USA-Beziehungen - breite Akzeptanz für eine vertiefte Zusammenarbeit - Harsche Kritik der Konservativen an den Umfragen - Meinungsinstitute geschlossen, Institutsleiter vor Gericht / Beziehungen zwischen Iran und den USA - Kharrazi bekräftigt Irans Unterstützung im Kampf gegen al-Quaida / Iranische Unternehmerdelegation in China - Intensivierung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen

Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung.

Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar.

Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 09/2002 Anfang November) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Oktober 2002

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:

Heinrich-Böll-Stiftung
alvarez@boell.de

Fax: 030-285 34 - 494

Tel: 030-285 34 - 202

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Michael Alvarez

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

Heinrich-Böll-Stiftung

Hackesche Höfe

Rosenthaler Str. 40/41

10178 Berlin

Tel: 030-285 34 - 0

Fax: 030-285 34 - 109

Email info@boell.de

www.boell.de

I. Innenpolitik

Chatami ergreift Initiative im Machtkampf

Im September legte Präsident Chatami dem Parlament zwei Gesetzesentwürfe vor, die auf Veränderung der Machtverhältnisse zwischen Reformern und Konservativen abzielen. Die Auseinandersetzung um diese beiden Entwürfe beherrscht seitdem die politische Debatte.

Der erste Entwurf betrifft die Machtbefugnisse des Staatspräsidenten und bezieht sich auf Artikel 113 der Verfassung der Islamischen Republik, in dem es heißt, der Staatspräsident sei nach dem Revolutionsführer der ranghöchste Vertreter des Staates. Neben der Führung der Legislative habe er die Aufgabe, auf die Einhaltung der Verfassung zu achten. Chatami bemängelte bei einer Pressekonferenz im August, daß er nicht über genügend Rechtsmittel verfüge, um diese zweite von der Verfassung vorgeschriebene Aufgabe zu erfüllen. Er habe des öfteren verschiedene Instanzen und Ämter auf die Missachtung der Verfassung aufmerksam gemacht, doch seine Verweise seien stets ignoriert worden.

Der neue Entwurf unterstreicht das Recht des Staatspräsidenten, die Einhaltung der Verfassung zu überwachen und im Falle einer Missachtung die Entscheidung aufzuheben sowie den und die Entscheider zur Verantwortung zu ziehen. Ausgenommen sind Organe, die dem Revolutionsführer direkt unterstehen. Die politische Brisanz des Entwurfs liegt in der mit diesem Entwurf erweiterten Kompetenz des Staatspräsidenten, verfassungswidrige Gerichtsentscheidungen wie die gegen die freie Presse aufzuheben.

Auf die Frage eines Journalisten, was der Staatspräsident unternehmen wolle, wenn der Wächterrat das Gesetz ablehnen würde, sagte Chatami, er gehe davon aus, daß der Wächterrat sich nach der eindeutigen Aussage der Verfassung richten werde. Sollte aber dennoch eine Ablehnung erfolgen, biete die Verfassung auch für solche Fälle einen Ausweg.

Der einzige Ausweg, den die Verfassung vorsieht, den Chatami aber nicht nen-

nen wollte, wäre eine Volksbefragung. Ein solcher Schritt käme allerdings einer direkten Kampfansage an die Konservativen gleich, was Chatami bisher unter allen Umständen vermeiden wollte. Es scheint jedoch, daß er nun dem wachsenden Druck seiner eigenen Anhänger nachgibt, die ihn dazu drängen, endlich das Unvermeidliche zu wagen. Fraglich bleibt, ob er tatsächlich die nötige Kraft aufbringt, eine Volksbefragung durchzusetzen. Ansonsten bliebe nur noch der Rücktritt.

Einige Mitglieder der Reformfraktion haben bereits für den Fall eines Scheiterns der Gesetzesvorlage durch eine Ablehnung des Wächterrats ihren Austritt aus dem Regierungslager angekündigt. Mohammad Reza Chatami, der Bruder des Staatspräsidenten und Vizepräsident des Parlaments sagte in einem Interview mit der in Kuwait erscheinenden Tageszeitung „Rai al Aam“: „Sollte die Gesetzesvorlage abgelehnt werden, werden die Reformer versuchen, eine Volksbefragung durchzuführen. Sollte auch dieser Weg zu keinem Ergebnis führen, werden sie die Bühne der Macht verlassen.“

Wie erwartet signalisierten die Konservativen ihre Ablehnung des Regierungsentwurfs. Rechts gerichtete Zeitungen warfen Chatami Machtbegehren vor, die Tageszeitung Resalat sah sich sogar genötigt, vor der Gefahr einer „neuen Diktatur“ zu warnen.

Das Argument der Konservativen gegen die Regierungsvorlage ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Der Chef der Justiz Mahmood Hashemi Shahrudi sowie Habibollah Asgaroladi, Geschäftsführer der rechts orientierten islamischen Vereinigung „Motalefeh“ meinten übereinstimmend, der Staatspräsident habe selbstverständlich die Aufgabe, über die Einhaltung der Verfassung zu achten, dieses Recht gelte jedoch nur für die Exekutive und könne nicht auf andere Gewalten ausgeweitet werden. Sie weisen auf Artikel 75 der Verfassung, der ausdrücklich die Teilung und Unabhängigkeit der Gewalten vorsieht. Somit könne sich die Exekutive nicht in die Angelegenheiten anderer Gewalten einmischen. Zuständig für die Missachtung der Verfassung seien das Verfassungsgericht, der Wächterrat und in letzter Instanz der Revolutionsführer.

Chatami selbst erklärte, er wolle nicht mehr Macht, es gehe ihm vielmehr darum, die Einhaltung der Verfassung zu gewährleisten und damit den islamischen Staat vor dem Abgleiten ins Chaos zu retten. Nach einer aktuellen Umfrage unterstützen rund 80% der Bevölkerung den Entwurf. Denn ungeachtet der juristischen Argumente ist es offensichtlich, daß es bei diesem Gesetz um die Beschränkung der Macht des Wächterrats sowie des Revolutionsführers geht. Es ist vermutlich der letzte Versuch der Reformer, die ausweglose Lage zu überwinden und dem andauernden Chaos ein Ende zu setzen.

Auch der zweite Gesetzesentwurf verfolgt dieselbe Absicht. Er betrifft das Verfahren bei der Zulassung von Bewerbern um einen Sitz im Parlament. Bis dato nimmt der Wächterrat für sich in Anspruch, nicht nur die Verfassungstreue und Staatsangehörigkeit der Bewerber zu prüfen, sondern auch ihre ideologische und politische Einstellung. Damit konnte er allen Andersdenkenden, selbst radikaleren Reformern im islamischen Lager den Weg ins Parlament versperren.

Der neue Gesetzesentwurf schränkt die Befugnisse des Wächterrats drastisch ein. Es gilt als sicher, daß der Wächterrat dieses Gesetz ablehnt.

Damit ist die Lage äußerst verfahren. Nach Meinung politischer Beobachter wird Chatami im Falle eines Scheiterns der Gesetzesvorlagen sein Amt abgeben müssen. Ihm wird die Mehrheit der Parlamentsabgeordneten folgen. Die möglichen Konsequenzen sind nicht vorherzusehen.

Rafsandjanis Partei der „Sachverständigen für den Aufbau“ positioniert sich

Mahmud Alizadeh Tabatabai, juristischer Sprecher der „Partei der Sachverständigen für den Aufbau“ meinte in einem Interview mit der studentischen Nachrichtenagentur ISNA, seine Partei genieße zurzeit unter den politischen Organisationen das größte Vertrauen bei der Bevölkerung. Die Partei habe bereits zur Regierungszeit von Hashemi Rafsandjani bewiesen, daß sie imstande sei, das Land mit Kompetenz und Sachverstand zu führen. Sie habe die Wirtschaft des Landes neu geordnet und das

vom achtjährigen Krieg zerstörte Land wieder aufgebaut. Die große Unterstützung, die Chatami bei seiner Wahl durch das Volk erhalten habe, sei in dem Glauben erfolgt, daß der damals von Rafsandjani begonnene Weg fortgesetzt werde.

Die Partei der Sachverständigen für den Aufbau steht hinter Rafsandjani, der als heimlicher Vorsitzender die Drähte zieht. Der ehemalige Staatspräsident, der nach acht Jahren im Amt gemäss der Verfassung nicht für eine dritte Periode kandidieren konnte, gehört zu den mächtigsten Männern der islamischen Republik. In der Bevölkerung ist er weitaus verhasster als beliebt, nicht zuletzt aufgrund seiner nachgewiesenen Verstrickung in die Kettenmorde 1999. Auch innerhalb des konservativen Lagers verfügt er über keine große Basis. Die Furcht, er könnte die gesamte Macht auf sich konzentrieren und jeden Konkurrenten ausschalten, führte bei den Rechten zu Geheimbünden, die eine mögliche Palastrevolution durch Rafsandjani verhindern sollen.

Dennoch ist eine Machtübernahme Rafsandjanis in Anbetracht der gegenwärtigen Situation keineswegs ausgeschlossen. Die Auseinandersetzung zwischen den Konservativen und den Reformern führte das Land in eine Krise, die Zukunft ist völlig ungewiss. Chatami gehört nicht zu jenen Politikern, die entschlossen auftreten und dabei Risiken eingehen. Er ist kein Mann des Streits, sondern der Versöhnung, kein Politiker, sondern eher ein Philosoph. Der Vorstoß, den er nach nun fünfeinhalb jähriger Regierungszeit mit zwei Gesetzesvorlagen wagt, wird ihn nicht allzu weit bringen, selbst wenn er die kaum überwindbare Hürde des Wächterrates nimmt. Sogar die aktiven Reformer denken inzwischen über die Zeit nach der Ära Chatami nach. Damit ist ein Machtvakuum in Sicht.

Die Konservativen wissen, daß sie die Bevölkerung nur mit Gewalt in Schach halten könnten und dies auch nur kurzfristig. Sie wissen auch, daß neben Chatami kein Reformer mit einer annähernd vergleichbaren Popularität zu finden ist, der dazu noch zu weitgehenden Kompromissen bereit wäre.

Rafsandjani steht zwischen diesen Polen. Er ist kein Ideologe, kein Funda-

mentalist, sondern ein Machtmensch und daher Pragmatiker. Je größer die Ausweglosigkeit, desto größer seine Chance. Vorläufig bleibt er unsichtbar hinter der Partei, die sich als vermeintlich einzige Kraft verkauft, das Chaos zu beenden und zum Wohle der Bevölkerung die wirtschaftliche Entwicklung voran zu treiben. Die Sprecher der Partei nennen bereits ihre Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten und vermeiden dabei den Namen Rafsandjani. Mal ist es der frühere Kultusminister Mohadjerani, mal der frühere, zur Zeit inhaftierte Innenminister Nuri, mal der frühere Teheraner Bürgermeister Karbaschi. Doch auf jeden genannten Kandidaten reagiert die konservative Presse mit einer Denunzierungskampagne. So sind inzwischen Stimmen zu hören, die hinter diesen „Nominierungen“ eine Strategie vermuten: womöglich sollen alle Kandidaten, die für das Amt des Staatspräsidenten in Frage kämen, im Vorfeld ausgeschaltet werden, so daß am Ende nur noch Rafandjani übrig bliebe.

Offener Brief islamischer Universitätsvereinigungen an Revolutionsführer Khamenei

Die islamischen Vereinigungen aller Universitäten des Landes griffen in einem offenen Brief Revolutionsführer Khamenei ungewöhnlich scharf an. „Seit Jahren versuchen wir mit großer Geduld beharrlich die Verantwortlichen im Staat auf unsere gerechten Forderungen aufmerksam zu machen. Die Antworten, die wir bisher erhalten haben, sind nichts anderes als Beleidigungen, Denunzierungen und Gefängnisstrafen“, schreiben die Studentenvertreter. Dieser Brief sei der letzte Versuch, doch noch im Rahmen der Verfassung und bestehender Gesetze diese Forderungen zu erreichen, die im Übrigen mit den proklamierten Zielen der Revolution, Freiheit, Gerechtigkeit und Unabhängigkeit voll übereinstimmen.

Der Bericht beklagt die im Land herrschende Willkür. Eine kleine Minderheit monopolisiere die Macht und schließe mit Hilfe einer Ideologie, die sich zu Unrecht auf den Islam berufe, sämtliche Gruppen und Strömungen von den Entscheidungen aus. Der Wächterrat versperre den Zugang von Andersdenkenden ins Parlament. Die Justiz habe über 80 Zeitungen verboten

und hunderte Schriftsteller, Intellektuelle, Journalisten in den Kerker gesteckt. Es sei sogar soweit gekommen, daß die Mehrheit der gewählten Volksvertreter keine Möglichkeit mehr sehe, die Interessen des Volkes zu vertreten und entsprechende Gesetze zu verabschieden. Sie erwäge den Austritt aus dem Parlament.

Die Studenten kritisieren Revolutionsführer Khamenei direkt und fragen, ob die „Konzentration einer übermenschlichen Macht in der Hand einer Person, die niemandem Rechenschaft schuldig ist und uneingeschränkte Immunität besitzt“ nicht für das Land gefährlich sei. „Wir fordern Sie auf“, schreiben die Studenten, „die bisherigen Fehler zu korrigieren, bevor die Mauern und das Himmelsgewölbe der Macht gestürzt sind und ein alles vernichtender Sturm uns alle miteinander hinweg fegt.“

Akbar Gandjis „Manifest“

Der prominente Journalist Akbar Gandji veröffentlichte aus dem Gefängnis heraus ein vielbeachtetes Manifest. Gandji war aufgrund seiner Teilnahme an der von der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin veranstalteten Iran-Konferenz im April 2000 und wegen seiner aufklärerischen Schriften bezüglich der „Kettenmorde“ gegen Oppositionelle zu zehn Jahren Gefängnis plus fünf Jahre Verbannung verurteilt worden. In dem Ende September veröffentlichten Manifest heißt es: „Die Reformbewegung hat trotz eines langjährigen Kampfes keine ihrer wesentlichen Forderungen erreicht. Mehrere Wahlerfolge, die zur Übernahme der Exekutive und der Mehrheit der Legislative führten, blieben ohne Erfolg. Die Ausweglosigkeit, die durch Konzentration der Macht zustande gekommen ist, hat die Reformbewegung inzwischen lahm gelegt. Es gibt keine Hoffnung mehr, auf dem Weg der Reformen, Änderungen herbeiführen zu können. Daher ist die Mehrheit des Volkes enttäuscht und resigniert.“

Es habe sich herausgestellt, so Gandji, daß die Konservativen niemals die berechtigten Forderungen der Bevölkerung akzeptieren würden. Sollten die iranischen BürgerInnen irgendwann die Verfassung der Islamischen Republik nicht mehr akzeptieren und ein demokratisches System errichten wollen, ließe sich im Rahmen der geltenden

Verfassung im besten Falle eine Doppelherrschaft errichten, die zu Reformen unfähig wäre. Im schlimmsten Fall könne diese Verfassung der Bevölkerung eine Diktatur bescheren.

In seinem Manifest zieht Gandji ebenfalls eine historische Bilanz. Der Kampf gegen die Schahdiktatur sei zwar im Namen der Freiheit geführt worden, jedoch gescheitert, weil die Initiatoren selbst keine Demokraten waren. So habe die Revolution keine demokratische Staatsordnung hervorbringen können. Auch jetzt würden sich alle Reformer zur Demokratie bekennen, sie seien jedoch nicht bereit, klar zu sagen, was sie darunter verstehen. „Viele Reformer tendieren selbst zu einer autoritären Macht. Ein Wechsel von den Konservativen zu ihnen würde die Probleme unseres Landes nicht lösen“, schreibt Gandji.

Was das Land brauche, sei eine echte, demokratische Republik, so Gandji. Die Konzentration der Macht in der Hand eines einzigen Führers bedeute nicht anders als Diktatur.

In einer Republik herrsche das Prinzip der Gewaltenteilung. Die Leitung der jeweiligen Gewalt müsse gewählt werden und absetzbar sein. Eine moderne Republik müsse ideologisch unabhängig und ein demokratischer Staat von der Religion getrennt sein. Eine religiöse Republik sei ein Widerspruch in sich. Eine demokratische Republik müsse nicht nur den Willen und die Rechte der Mehrheit sichern, sondern die Rechte eines jeden Individuums, das heiße nichts anderes als die Akzeptanz der Menschenrechte.

Das Manifest gleicht der Präambel zum Programm einer Partei, die eine Alternative zu der Islamischen Republik vorschlägt. Eine Staatswirtschaft bilde die wichtigste Basis für eine Diktatur. Die Wirtschaft müsse frei sein. Gandji schlägt vor, sogar die Ölindustrie zu privatisieren.

Die Reaktionen auf Gandjis Manifest fallen erwartungsgemäß unterschiedlich aus. Während radikale Reformer und selbstverständlich Laizisten das Manifest jubelnd begrüßen, zeigen sich gemäßigte Reformer und die Konservativen empört. Die konservative Tageszeitung Resalat meinte, Gandji sei von Sinnen

und empfahl seinen Freunden, ihm zur Hilfe zu eilen.

87 Zeitungsverbote seit April 2000

Mashaallah Shama al-Vaezin, Vorsitzender des Vereins zur Verteidigung der Pressefreiheit fordert in einem Schreiben Staatspräsident Chatami auf, den permanenten Angriffen gegen die Pressefreiheit Einhalt zu gebieten. In einem Interview mit der staatlichen Nachrichtenagentur IRNA erklärte er, der Staatspräsident habe kürzlich offen erklärt, die meisten Urteile gegen die Presse seien widerrechtlich erfolgt. Deshalb habe er ihn gebeten, der Willkür der Justiz ein Ende zu setzen. Ferner forderte er die drei Gewalten auf, die bestehenden Gesetze zum Schutz der freien Presse zu ändern. Unter Verweis auf das Verbot von „Golestan-e Iran“, „Waght“ und „Name-he Ghazwin“ in den letzten Tagen stellte Shama al-Vaezin fest, daß damit seit April 2000 genau 87 Zeitungen und Zeitschriften verboten worden seien. Die meisten Urteile seien widerrechtlich gewesen.

Shama al-Vaezin erklärte, die Presse- und Meinungsfreiheit sei ernsthaft bedroht. „Unsere Gesellschaft ist einstimmig geworden und diese Einstimmigkeit gefährdet unsere nationalen Interessen“, sagte er.

Iranische Verlage auf der Frankfurter Buchmesse

An der diesjährigen internationalen Buchmesse in Frankfurt am Main nahmen 27 iranische Verlage teil. Jahre lang waren iranische Verlage nach der Fathwa des Ayatollah Chomeini gegen den britisch-indischen Schriftsteller Salman Rushdie von der Teilnahme ausgeschlossen worden. Diese Ausgrenzung, die selbst eher aufgeschlossene und fortschrittliche Verlage betraf, war nicht nur in Deutschland, sondern auch unter den Iranern im In- und Ausland sehr umstritten. Vor drei Jahren wurde das Teilnahmeverbot aufgehoben. Die im Vergleich zu den Vorjahren große Teilnahme der iranischen Verlage verdeutlicht das große Interesse am Meinungsaustausch und an der Intensivierung kultureller Beziehungen. Einige iranische Verleger und Autoren nahmen auch an Podiumsdiskussionen teil.

II. Wirtschaft

Bericht des Internationalen Währungsfonds (IWF) über Iran

Der Bericht des IWF umfasst den Zeitraum von März 2001- Juli 2001 und basiert auf Gutachten und Statistiken, die eine IWF-Delegation nach einer längeren Reise nach Iran erstellte. Der Bericht bestätigt, daß es der iranischen Regierung gelungen ist, durch die Stabilisierung der Devisenwerte Vertrauen zu erwecken. Ferner habe die Fortsetzung der Reformpolitik die Entwicklung der Wirtschaft begünstigt, die Inflationsrate gesenkt und die Auslandsschulden reduziert. Dennoch empfehlen die Verfasser des Berichts eine Beschränkung des Haushaltsdefizits auf 2% und gleichzeitig eine aktive Geldpolitik für eine Beschränkung des Geldmengenwachstums auf 20-25%. Denn eine Erhöhung des Haushalts- und Geldvolumens könnte sich nach Meinung des IWF inflationär auswirken und damit die Preisstabilität gefährden. Andererseits bestünde bei einer Aufwertung der Landeswährung die Gefahr einer Verteuerung iranischer Exportgüter. In beiden Fällen würde die gesamtwirtschaftliche Entwicklung gebremst und damit auch die Arbeitslosigkeit ansteigen.

Der Bericht stellt fest, daß die Wachstumsrate der iranischen Wirtschaft trotz vermindelter Einnahmen aus dem Erdölgeschäft immer noch 4,8% beträgt, ohne Erdöllexporte rund 6%. Zugleich sind nach Angaben des iranischen Statistikamtes 16% der arbeitsfähigen Bevölkerung arbeitslos. Die Preise für Konsumgüter sanken im Vergleich zum Vorjahr um 1,4%. Demgegenüber sind die Wohnungskosten und Kosten einiger Dienstleistungen erheblich gestiegen.

Nach Einschätzung des IWF könnte das Bruttosozialprodukt im nächsten Jahr bei einem stabilen Ölpreis um 5,8% ansteigen. Gleichzeitig würden sich die iranischen Auslandsschulden um 7,3 Milliarden Dollar erhöhen.

Bericht über staatliche Unternehmen

Nach einem kürzlich veröffentlichten Bericht der Forschungsabteilung des iranischen Parlaments schreiben die meisten staatlichen Unternehmen rote

Zahlen. Von 190 Unternehmen, deren Bilanz untersucht wurde, verzeichnen mehr als die Hälfte Verluste, obwohl ihnen im Vergleich zu privaten Gesellschaften weitreichende Vorteile eingeräumt werden. Selbst jene Unternehmen, die relativ hohe Gewinne ausweisen, wie zum Beispiel das staatliche Unternehmen für Nachrichten und Kommunikation, die Ölraffinerie oder die petrochemische Industrie verdanken ihre Position ihrem Marktmonopol. Würde man die Subventionen für staatliche Unternehmen streichen und eine klare Buchführung vorschreiben, müssten 60% bis 70% dieser Unternehmen schließen.

Die Staatsunternehmen beanspruchen fast 66% des Staatshaushalts, gleichzeitig ist ihre Gesamtzahl nicht einmal dem Parlament bekannt: der Bericht schätzt die Zahl staatlicher Firmen auf 500 bis 2000, mit Filialen auf bis zu 16.500. Darüberhinaus existieren Gesellschaften mit einer staatlichen Beteiligung von unter 50%, die aber von staatlichen Angestellten oder Beamten geleitet werden.

Waliollah Khobreh, Stellvertretender Amtsleiter des staatlichen Kontrollamts berichtet von chaotischen Zuständen in den staatlichen Unternehmen: Sie würden Gesetze und Vorschriften mißachten, den Rahmen ihrer festgelegten Aktivitäten übertreten und Sicherheitsvorschriften und Versicherungspflichten ignorieren. Doch die Manager dieser Unternehmen gehörten zu den privilegierten Schichten der Islamischen Republik und erhielten trotz großer Verluste jedes Jahr hohe Prämien.

Gesetzentwurf gegen Geldwäsche

Nach mehrmaliger Überarbeitung verabschiedete die Regierung einen Gesetzentwurf gegen die Geldwäsche. Das Gesetz soll nach den Worten des Wirtschafts- und Finanzministers, Tahmaseb Mazaheri die Kreditwirtschaft, den Geldumlauf und die Untergrundwirtschaft kontrollieren.

Iran bietet zurzeit die besten Möglichkeiten, Geldwäsche im großen Stil zu betreiben. Mindestens 50% der gesamten Wirtschaft des Landes wird im Untergrund abgewickelt, sogar einflussreiche staatliche Unternehmen begünstigen die Wirtschaftskriminalität. Ein wichtiger Teil der Wirtschaft un-

terliegt dem Monopol religiöser Verbände, von Stiftungen und Organisationen, die außerhalb jeglicher Kontrolle stehen. Das iranische Banksystem ist hoffnungslos veraltet und bietet daher keine Möglichkeiten zur Kontrolle. Iran besitzt weite Grenzen, die für Schmuggelwaren, darunter Drogen durchlässig sind. All dies macht Iran zu einem Tummelplatz der Geldwäscher.

Seit langem fordern große Wirtschaftsverbände, internationale Finanzinstitute und auch die Europäische Union von der iranischen Regierung, das kriminelle Treiben zu unterbinden. Der Entwurf zum Geldwäschegesetz muss das Parlament und vor allem den Wächterrat passieren. Doch selbst dann bliebe es fraglich, ob das Gesetz noch die erwünschte Wirkung erzielen würde - Beobachter in Teheran gehen davon aus, daß die Hauptprofiteure der Geldwäsche über genügend Einfluss verfügen, das Gesetz in der Praxis zu umgehen.

Hoffnung auf Exporterleichterungen für iranische Pistazien in die USA

Der seit 1979 durch die USA verhängte Wirtschaftsboykott über Iran wurde vor etwa zweieinhalb Jahren erstmals gelockert, als die US-Regierung die Einfuhr von Kaviar und Pistazien aus Iran erlaubte. Nachdem US-Produzenten Iran vorwarfen, die Produkte zu Dumpingpreisen zu verkaufen, gab die amerikanische Regierung dem Druck nach und verhängte hohe Strafzölle, die 317% des Verkaufspreis betrug. Diese Strafzölle machten es den iranischen Exporteuren fast unmöglich, sich auf dem amerikanischen Markt gegen die US-Konkurrenz durchzusetzen. Seitdem bemühen sich iranische Exporteure, die amerikanische Regierung zur Rücknahme der Strafmaßnahme zu bewegen. Offenbar signalisierte die US-Regierung kürzlich ihre Bereitschaft, die Zolltarife um etwa die Hälfte zu senken. Das würde reichen, um den amerikanischen Markt wieder für iranische Pistazien zu öffnen.

III. Außenpolitik

EU-Delegation in Teheran

Nach dem Besuch einer EU-Delegation in Iran am 10. September und ausführlichen Gesprächen der Delegation mit iranischen Kollegen wurde folgende Presseerklärung seitens der Delegation veröffentlicht:

„Die Europäische Union hat beschlossen, mit Iran Gespräche über ein umfassendes Handelsabkommen zu führen. Gemäß der Vereinbarung werden parallel zu diesen Verhandlungen Gespräche über politische Fragen und über die Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus geführt. Die EU betrachtet beide Themen als gleichgewichtig.

Die EU betrachtet bei den politischen Gesprächen folgende Themen als besonders wichtig:

Die EU fordert Iran auf, die Menschenrechte und die Grundfreiheiten zu achten,

Die EU fordert Iran auf, die Verträge gegen Massenvernichtungswaffen zu unterzeichnen,

Die EU fordert Iran auf, die UN-Resolution 1373 über den Krieg gegen Terrorismus vollständig zu befolgen und die bisherige Zusammenarbeit auf diesem Gebiet fortzusetzen,

Die EU fordert Iran auf, jede Handlung, die den Friedensprozess im Nahen Osten rückgängig machen könnte, zu vermeiden und die internationalen Bemühungen zur Gründung eines palästinensischen neben dem israelischen Staat zu unterstützen.

Die EU-Delegation hat in Teheran über diese Themen ausführliche Gespräche geführt. Es wurde auch über andere Themen wie über die Situation am Persischen Golf, über Irak und Afghanistan sowie über Themen wie Handelsbeziehungen, Investitionen, Energie, Drogen, Flüchtlinge gesprochen.

Die Europäische Union ist an der Intensivierung der Zusammenarbeit mit Iran auf allen diesen Gebieten interessiert und hofft, sowohl auf dem Gebiet der Wirtschaft und des Handels als auch auf politischem Gebiet, insbesondere im Bezug auf die vier genannten Forderungen die Beziehungen vertiefen zu können.

Die Gespräche über die wirtschaftliche Zusammenarbeit werden im Oktober fortgesetzt.

Iran und die Europäische Union haben vereinbart, sobald wie möglich Sachgespräche über Menschenrechte zu beginnen. Beide Seiten sind sich darüber einig, daß diese Gespräche ohne Vorbedingungen geführt werden. Darüber hinaus wurde vereinbart, daß Iran Menschenrechtsbeauftragte der UNO im Herbst dieses Jahres zu einem Besuch nach Iran einladen wird.

Die Gespräche werden auf der EU-Seite von dem EU-Beauftragten Fritz Arne Petersen und auf iranischer Seite von Ali Ahanin, Staatssekretär im iranischen Außenministerium geführt.“

Der britische Außenminister Straw in Teheran

Am 9. Oktober traf der britische Außenminister Jack Straw zu einem offiziellen Besuch in Teheran ein. Bei diesem Besuch auf Initiative Großbritanniens ging es nach Ansicht von Experten in erster Linie um die Rolle Irans bei einem möglichen Krieg der USA gegen Irak. Es sei auch anzunehmen, daß der Außenminister der iranischen Regierung eine Botschaft aus Washington überbrachte. Straw hatte auch bei seinem letzten Besuch in Teheran kurz vor Beginn des Krieges gegen die Taliban in Afghanistan eine ähnliche Mission erfüllt.

Großbritannien und USA erwarten, daß Iran sich bei einem möglichen Angriff gegen Irak, wie beim Golfkrieg im Jahre 1991 und im Afghanistankrieg zumindest neutral verhält und notfalls auch logistische Hilfe leistet.

Iran selbst hat sich bisher gegen den Krieg ausgesprochen. Sollte der militärische Angriff tatsächlich erfolgen, wäre ein Schulterchluss zwischen den beiden Nachbarn und ehemaligen Kriegsgegnern kaum denkbar. Obwohl seit dem Ende des iranisch-irakischen Golfkrieges bereits 14 Jahre vergangen sind, steht die Unterzeichnung eines Friedensvertrages noch aus. Auch sind noch nicht alle Kriegsgefangenen ausgetauscht. Zudem gewährt Irak der einzigen Organisation Unterstützung, die bewaffnet gegen die Islamische Republik kämpft. Die Volksmodjahedin un-

terhalten auf irakischem Territorium eine Armee, mit der sie schon einmal in die iranischen Grenzgebiete eingedrungen waren, jedoch mit großen Verlusten zurückgeschlagen wurden.

Dennoch kann die Islamische Republik unter keinen Umständen einen Krieg der USA gegen Saddam Hussein gutheißen. Sie würde sich damit in der gesamten arabisch-islamischen Welt isolieren. Auf der anderen Seite pflegt Iran sowohl zu den irakischen Kurden im Norden, wie auch zu den Schiiten im Süden gute Beziehungen. Daher würde der Sturz Saddam Hosseins Iran größere Möglichkeiten zur Einflussnahme ins Nachbarland ermöglichen, zumal die Schiiten im Irak die Mehrheit der Bevölkerung bilden.

In Anbetracht dieser Umstände wird sich Iran nach Einschätzung politischer Beobachter bei einer möglichen militärischen Intervention der USA neutral verhalten, ja vielleicht im Geheimen sogar, wie in Afghanistan den USA Schützenhilfe leisten. Allerdings wird in Iran auch die Furcht geäußert, die USA könnten nach einer Besetzung Iraks nicht nur dort die Zügel selbst in die Hand nehmen, sondern eventuell auch Iran angreifen. Präsident Bush hatte Iran mit Irak und Nordkorea als „Achse des Bösen“ und der amerikanische Verteidigungsminister Rumsfeld in Übereinstimmung mit der israelischen Regierung die Islamische Republik als „Zentrum des internationalen Terrorismus“ bezeichnet.

Meinungsumfragen zu iranisch-amerikanischen und iranisch-europäischen Beziehungen

Im Auftrag des Kultusministeriums führten im August drei Meinungsforschungsinstitute gleichzeitig eine Meinungsumfrage in Teheran zu den Beziehungen Irans zu den USA und zu Europa durch. Befragt wurden 1500 Frauen und Männern. Die praktisch deckungsgleichen Ergebnisse der drei Umfragen wurden dem iranischen Parlament als Grundlage für außenpolitische Debatten zur Verfügung gestellt.

Hier die Ergebnisse:

74,7% der Befragten sind für Verhandlungen mit den USA, 17,5% dagegen. 64,5% sind für die Wiederaufnahme der

Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, 24% sprechen sich dagegen aus. 60,3% sind der Meinung, daß ohne Beziehungen zu den USA die iranische Wirtschaft sich nicht befriedigend entwickeln könnte. 26,1% halten die Iran-Politik der USA und 13,1% die US-Politik Irans für inakzeptabel. Hingegen halten 45,8% die amerikanische Politik gegenüber Iran und 41,7% der iranischen Politik gegenüber den Vereinigten Staaten eher für richtig.

74,7% stimmen der Ansicht zu, daß man durch Verhandlungen die Feindschaft zwischen den beiden Ländern abbauen und die Bedrohungen durch die USA vermindern könnte. 68,5% glauben nicht, daß Verhandlungen mit den USA für Iran eine Erniedrigung bedeuten würden. 79,1% vertreten die Ansicht, Iran solle mit den USA, selbst wenn zwischen den Staaten keine diplomatischen Beziehungen bestehen, verhandeln und sich verständigen.

Auf die Frage, ob Iran die von der Europäischen Union zur Schließung eines Handelsvertrags vorausgesetzte Bedingung akzeptieren und der internationalen Koalition gegen Terror unter der Führung der USA beitreten sollte, antworteten 65% mit „nein“, 18,5% würden dieser Bedingung zustimmen. 70,4% der Befragten halten die USA für unglaubwürdig. 62% meinen, der Kampf der USA gegen Terrorismus sei nicht ehrlich. 65,6% sind der Ansicht, die Bekundungen der USA zur Freiheit und Demokratie seien unglaubwürdig. 55,8% vertreten die Meinung, daß die USA sich nicht für die wirtschaftliche Entwicklung anderer Länder einsetzen.

80,9% meinen, daß die Beziehungen zu der EU intensiviert werden sollen. 86,7% stimmen zu, daß die EU den Abschluß eines Handelsvertrags mit Iran von der Einhaltung der Menschenrechte abhängig macht, nur 4,6% lehnen diese Vorbedingung ab.

Die Veröffentlichung der Ergebnisse der Umfrage durch die staatliche Nachrichtenagentur IRNA führte bei der konservativen Fraktion zu heftigen Reaktionen. Die Rechten bezichtigten IRNA der Parteinahme für die Reformbewegung. Der Grund für die Aufregung liegt auf der Hand: die Umfrage zeigt eindeutig, daß auf jeden Fall die außenpolitischen Ansichten der Konservativen von der überwiegenden Mehrheit

der Bevölkerung abgelehnt werden. Die konservative Empörung richtete sich nicht nur gegen IRNA, sondern noch mehr gegen die drei Meinungsforschungsinstitute. Richter Said Mortazavi, der zahlreiche Zeitungen verbieten ließ und Journalisten mit hohen Gefängnisstrafen belegte, meinte, die Umfrage sei keine Meinungsforschung, sondern Meinungsmache. Unmittelbar nach der Veröffentlichung der Ergebnisse ließ er die Institute schließen. Die Institutsleiter müssen sich nun vor Gericht verantworten. Ihnen drohen Haftstrafen.

Gegen diese Maßnahmen protestierten sowohl das Kultusministerium als auch das Parlament scharf. In einem Schreiben des Parlamentpräsidiums an die zuständige Justizbehörde heißt es: „Die drei Institute, die die Meinungsumfrage durchgeführt haben, genießen das vollste Vertrauen des Parlaments und des Ausschusses für Sicherheit und Außenpolitik, denn abgesehen davon, daß die Umfrage nach wissenschaftlichen Kriterien durchgeführt und ausgewertet wurde, stimmen die Ergebnisse, die die drei verschiedenen Institute erzielt haben, überein. Daher wird das Parlament diese Umfragen weiterhin als zuverlässig betrachten und als glaubwürdiges Dokument verwenden. Die Umfrage ist keine Meinungsmache, sondern eine Wiedergabe der herrschenden Meinung.“

Beziehungen zwischen Iran und den USA

Der iranische Außenminister Kamal Kharrazi äußerte sich am Rand einer UN-Versammlung in New York Anfang September auf einer Pressekonferenz zu den Beziehungen seines Landes zu den USA. Er kritisierte die Einmischung Amerikas in die inneren Angelegenheiten Irans und forderte die US-Regierung auf, diese Einmischung endlich zu unterlassen. Sogar kürzlich habe Präsident Bush durch seine Erklärung die iranische Bevölkerung zur Rebellion gegen den islamischen Staat aufgefordert. Er beklagte die mangelnde Anerkennung der iranische Unterstützung im Afghanistankrieg seitens der USA. Indirekt bestätigte Kharrazi Irans Bereitschaft, die USA bei ihrem Kampf gegen das al-Qaida-Netzwerk zu unterstützen. Nach Einschätzung politischer Beobachter war dies das bislang deutlichste Verhandlungsangebot

des iranischen Außenministers an die USA.

Kharrazi wiederholte die beiden wichtigsten Forderungen seines Landes. Die USA sollten sich für ihre antiiranische Politik entschuldigen und die seit 1979 bei amerikanischen Banken eingefrorenen Milliarden-Guthaben Irans freigeben. Beide Seiten müßten ihren guten Willen zeigen, sagte der Außenminister. Iran habe dies bereits im Zusammenhang mit den Afghanistankrieg getan. Zu dem Vorwurf, Iran beherberge Mitglieder von al-Qaida sagte Kharrazi, es wäre besser, wenn die US-Regierung Beweise vorlegen würde, statt Gerüchte zu verbreiten.

Iranische Unternehmerdelegation in China

Mitte September reiste eine 37köpfige Delegation iranischer Unternehmer zu Gesprächen in die Volksrepublik China. Ziel der Delegationsreise war die Öffnung des chinesischen Marktes über Erdölexporte hinaus auch für andere iranische Güter. Iran hofft seit langem, auf dem Markt des bevölkerungsreichsten Landes der Erde Fuß fassen zu können. Die Hoffnung ist in Anbetracht der günstigen Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern in den vergangenen Jahren nicht unbegründet. Fereidun Khawand, Wirtschaftsredakteur des persischen Programms von Radio Freies Europa berichtet, daß das Handelsvolumen zwischen Peking und Teheran innerhalb der vergangenen sieben Jahre um das achtfache von 400 Millionen auf 3,2 Milliarden Dollar stieg. Assadollah Asgar Oladi, Vizepräsident der iranischen Handels- und Industriekammer und Leiter der Unternehmerdelegation, hofft, daß das Volumen noch in diesem Jahre die Grenze von 5 Milliarden Dollar erreicht.

Zwei Faktoren begünstigen, so Fereidun Khawand, die sprunghafte Entwicklung. Erstens sei Iran im Hinblick auf den Wirtschaftsboykott durch die USA und auf die Probleme mit der EU schon seit Jahren bemüht, seine Außenwirtschaft stärker nach Asien zu orientieren. Inzwischen gehören neben China auch Japan und Südkorea zu den wichtigsten Handelspartnern Irans. Auf der anderen Seite hat sich China in den vergangenen Jahren zunehmend nach außen geöffnet. Das Exportvolumen Chinas beträgt

zurzeit rund 451, das Importvolumen 439 Milliarden Dollar. Der Energieverbrauch Chinas wächst kontinuierlich. Dementsprechend wächst auch das chinesische Interesse an guten Wirtschaftsbeziehungen zu Iran. Zurzeit werden eine Reihe großer Projekte wie der Bau von Kraftwerken und Autobahnen in Iran von Chinesischen Unternehmen durchgeführt.